

Für uns oder gegen uns?

Zwingt Amerika Deutschland zu einer Entscheidung zwischen den USA und China? | Von Marina Henke

Kein Zweifel, die Wahl von Joe Biden zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten ist eine gute Nachricht für Deutschland und die transatlantischen Beziehungen. Biden ist ein großer Befürworter der Nato, von der europäischen Idee überzeugt und hat einen engen Draht nach Deutschland. Zu Besuch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin 2013 nannte Biden, damals noch Vize von Barack Obama, die deutsch-amerikanische Freundschaft den Grundpfeiler der US-Außenpolitik. Wenn Biden am 20. Januar 2021 sein Amt antritt, dürfte der Ton zwischen Washington und Berlin nach vier Jahren Eiszeit also um einiges herzlicher werden.

Die Chancen stehen gut, dass Deutschland jetzt wieder einen zuverlässigen und vor allem vertrauenswürdigen Verhandlungspartner im Weißen Haus hat. Schon im Wahlkampf kündigte Biden an, dass er den Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und dem Pariser Klimavertrag rückgängig machen will. Ob Corona-Pandemie oder Klimawandel, im Gegensatz zu Donald Trump setzt Biden bei globalen Herausforderungen auf Kooperation statt Alleingang. Die kommende Ära macht daher Hoffnung auf Veränderungen, die ganz im Sinne von Deutschland und Europa sind.

Deutschland muss sich aber dennoch darauf einstellen, dass Bidens Sieg nicht alle Probleme zwischen Washington und Berlin löst, insbesondere in Sachen China. Bidens Präsidentschaft wird so schnell nichts an der Anti-China-Stimmung in den USA ändern. Das Misstrauen der Amerikaner gegenüber China war nie größer, wie aktuelle Umfrageergebnisse des Pew Research Centers mehr als deutlich zeigen. Im Sommer 2020 gaben rund 73 Prozent der Befragten an, eine negative Meinung von China zu haben. Damit



Joe Biden und Angela Merkel 2013 in Berlin

ist ein neuer Tiefstand erreicht. In dieser Hinsicht herrscht überraschende Einigkeit in dem ansonsten tief gespaltenen Land, sogar über Parteigrenzen hinweg.

Rasanten Wirtschaftswachstum, eine umfangreiche militärische Modernisierung und neue Einflussphären – schon vor Trump war für Washington klar, dass Chinas Aufstieg die amerikanische Vormachtstellung im Asien-Pazifik-Raum

herausfordert. Seit mehreren Jahren beansprucht China immer selbstbewusster große Teile des Süd- und Ostchinesischen Meers. Im Konflikt mit US-Schützling Taiwan will Beijing eine „Wiedervereinigung“ mit dem chinesischen Festland. Aber auch jenseits seiner Nachbarschaft gewinnt China an Einfluss. Dank Beijings größtem Prestigeprojekt, der *Belt and Road Initiative*, sind bereits hunderte

Milliarden US-Dollar in den Ausbau eines globalen Infrastruktur-Netzwerks geflossen, das China zum neuen Zentrum des Welthandels machen soll, so wie einst die historische Seidenstraße.

China steht daher seit langem an der Spitze der amerikanischen Bedrohungswahrnehmungen. Bereits unter George W. Bush begann sich der außenpolitische Fokus der USA auf den Asien-Pazifik-Raum zu konzentrieren. Sein Nachfolger Obama hat die Schwerpunktverlagerung mit dem *Pivot to Asia* dann zur offiziellen Regierungsdoktrin erklärt. Das Ziel: die US-amerikanische Position gegenüber China stärken. Dieser Schwenk macht sich vor allem in militärischer Hinsicht bemerkbar. Seit Mitte der 2000er-Jahre haben die USA ihre Militärstützpunkte in der Region ausgebaut und die Pazifik-Flotte verstärkt.

Für Deutschland ist der drohende „Kalte Krieg“ zwischen den Vereinigten Staaten und China ein Problem. Mehr als ein Drittel der Deutschen sind heute der Meinung, dass enge Beziehungen zu China für die Bundesrepublik wichtiger sind als ein gutes Verhältnis zu den USA. Die meisten China-Fans gibt es unter den 18- bis 34-jährigen. Fast die Hälfte von ihnen, etwa 46 Prozent, erwartet politisch mehr von Beijing als von Washington. Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen geben allen Grund für diese

Einschätzung. Mit einem Außenhandelsumsatz von rund 206 Milliarden Euro war China in 2019 bereits das vierte Mal in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner, noch vor den USA.

Deutschland steht deshalb vor einem großen Dilemma. Unter Biden ist keine Kurswende in der US-amerikanischen China-Politik zu erwarten. Berlin muss damit rechnen, dass die Vereinigten Staaten von ihren deutschen Verbündeten verlangen werden, sich auf ihre Seite zu stellen. Deutschland muss sich auf die Frage gefasst machen: *Are you with us or are you against us?* Unterstützt Deutschland die US-amerikanische China-Politik oder nicht?

Die Debatte über den chinesischen Konzern Huawei als 5G-Ausrüster in Deutschland hat gezeigt, wie solch politischer Druck aus den USA aussehen kann. Anfang 2019 warnte Trumps Außenminister Mike Pompeo die Bundesrepublik, dass die USA nicht länger Geheimdienst-Informationen mit Deutschland teilen würden, sollte Huawei das deutsche 5G-Netz aufbauen helfen. So ein Verhalten muss Deutschland auch in der Zukunft von den USA erwarten – unter Biden sicherlich mit freundlicheren Worten, aber nicht weniger bestimmt.

Die China-Frage wird sich auch als der eigentliche Knackpunkt für die Zukunft der Nato entpuppen. Früher oder später werden die USA von ihren Bündnispartnern Loyalität für das US-Engagement im Asien-Pazifik-Raum einfordern. Nur eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent wird es mittelfristig nicht tun. Was Berlin daher so schnell wie möglich braucht, ist eine strategische Debatte. Wie will Deutschland sich sicherheitspolitisch positionieren? Wenn es weiterhin Teil des US-Schutzschirms sein möchte, muss es seine China-Beziehungen überdenken.

MARINA E. HENKE, PHD
ist Professorin für Internationale Beziehungen an der Hertie School of Governance in Berlin und Direktorin des dortigen Centre for International Security.

DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

Und jetzt alle: ABA

Am vergangenen Wochenende kam es in Leipzig erneut zu einem Superspreader-Event für Lügen, Verschwörungserzählungen und Gewaltfantasien. Mindestens 43 Journalist_innen und sogar Journalist_innen Union (DJU) an ihrer Arbeit gehindert. Viele von ihnen wurden durch die Demoteilnehmer_innen bedroht und sogar körperlich angegriffen. Währenddessen schaute die Polizei oft nur zu und zog sich sogar zurück.

Der Zusammenschluss aus Coronaleugner_innen, der zu Beginn der Pandemie als sogenannte Hygienedemos startete und unter dem Label „Querdenken“ bundesweit Ableger bildete, radikalisiert sich so erwartungsgemäß unübersehbar. Beschimpfungen der angeblich ach so „friedlichen“ Esoterikfans nehmen genauso zu, wie sich immer mehr gewalttätige Neonazis in den ersten Reihen finden. Dennoch versucht „Querdenken“ sich selbst weiterhin als „Freiheitsbewegung“ zu inszenieren.

Doch um wessen und welche Freiheiten geht es denn tatsächlich, wenn sich von Rassismus betroffene Menschen angesichts dieser Demonstrationen nicht mehr trauen, im öffentlichen Raum unterwegs zu sein? Wenn Jüd_innen vermittelt bekommen, dass antisemitische Aussagen und Bilder im wahrsten Sinne des Wortes eine Bühne bekommen und nicht der Ahndung wert sind? Wenn die Ansteckungsgefahr für andere Menschen und die Überlastung des Gesundheitssystems komplett ignoriert werden? Wenn man sich in Anbetracht rassistischer und rechtsextremer Äußerungen und Taten sorgen muss, dass die Polizei beim nächsten Mal die Demoteilnehmenden nicht nur gewähren lässt, sondern ihnen „Schließt euch an“-Rufen folgt?

Diese Liste ließe sich noch weiter fortsetzen. Hinzu kommt die Frage, warum die Versammlungsfreiheit unter Corona nur dann als höchstes Gut gilt, wenn Menschen auf die Straße gehen, die die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen ablehnen und absehbar gegen diese verstoßen. Dagegen aber Veranstaltungen wie das Gedenken in Hanau, Halle oder zum 9. November schlicht verhindert und abgesagt werden – mit Verweis auf das Infektionsrisiko.

Wir scheinen heute offenbar näher dran zu sein, erfolgreich einen Impfstoff gegen Corona zu entwickeln, statt ein Mittel gegen die Corona-Querfront zu finden. Dabei sollte eigentlich beides ganz selbstverständlich zur Pandemiebekämpfung dazugehören. Ein Umgang mit Verschwörungserzählungen könnte die ABA-Formel sein: Aufklären, Blockieren und – auch dort sehr wichtig – Abstand halten.

Kontinentale Verlüderung

Eine deutsche Europa-Politik findet nicht statt. Eine Anklage | Von Rolf-Dieter Krause

Als das Bangen vorbei war und – jedenfalls vorerst – einer deutlichen Erleichterung wich, da dämmerte manch einem gleichwohl, dass sich auch unter einem US-Präsidenten Joe Biden manches, aber nicht alles ändern könnte. Gewiss: Der Ton in den transatlantischen Beziehungen würde wieder partnerschaftlicher werden. Aber in der Substanz? Immerhin: Was den Klimaschutz angeht, werden die USA wieder mitspielen, ähnlich wie unter Barack Obama, also auch nicht gerade enthusiastisch. Aber auch Biden wird darauf beharren, dass die Europäer ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Schließlich haben sie – die Europäer – das versprochen. Auch Biden ist kein Freund der Ostsee-Pipeline, es ist offen, ob er die US-Sanktionen zurücknimmt. Die Handelsbeziehungen überhaupt dürften ebenfalls nicht unbedingt einfacher werden. Demokratischen Präsidenten verhalten sich seit jeher protektionistischer als ihre republikanischen Kollegen; dort hat Trump eher mit der Tradition seiner eigenen Partei gebrochen.

Der Freund jenseits des Atlantiks wird also ein schwieriger Freund bleiben. Europa kann nicht erwarten, dass seine Interessen von ihm (oder anderen) vertreten werden. Es muss sich auf sich verlassen, auf seine eigene Kraft, um bestehen zu können. Nicht nur neben den USA, auch neben Russland oder China.

Aber hat Europa überhaupt Kraft? Außenpolitisch kann die EU nur handeln, wenn alle ihrer Mitglieder zustimmen. Das hat es kürzlich einem Land wie Zypern ermöglicht, Sanktionen gegen weißrussische Machthaber zu blockieren. Nicht, weil es etwas dagegen hätte. Nein: Mit seinem Veto wollte der Inselstaat die EU zwingen, auch gegen die Türkei härter vorzugehen. Es war pure Erpressung. Und kein Einzelfall.

Seit Jahren ist die EU praktisch nicht in der Lage, china-kritische Entscheidungen zu treffen. Mal verhindert das Griechenland, mal Ungarn, mal Tschechien – und manchmal Deutschland. Während die chinesische Führung langfristige Interessen verfolgt, stehen in Europa oft kurzfristige Interessen im Vordergrund. Aus Angst vor Racheakten etwa gegen deutsche Auto-Exporteure scheut sich etwa die Bundesregierung, dem nahezu einhelligen Rat von Sicherheitsexperten zu folgen und manchmal Deutschland. Während die chinesische Führung langfristige Interessen verfolgt, stehen in Europa oft kurzfristige Interessen im Vordergrund. Aus Angst vor Racheakten etwa gegen deutsche Auto-Exporteure scheut sich etwa die Bundesregierung, dem nahezu einhelligen Rat von Sicherheitsexperten zu folgen und manchmal Deutschland. Während die chinesische Führung langfristige Interessen verfolgt, stehen in Europa oft kurzfristige Interessen im Vordergrund. Aus Angst vor Racheakten etwa gegen deutsche Auto-Exporteure scheut sich etwa die Bundesregierung, dem nahezu einhelligen Rat von Sicherheitsexperten zu folgen und manchmal Deutschland.

Die EU sollte ihren Mitgliedern das außenpolitische Gewicht verleihen, dass sie allein nicht haben. Stattdessen fesselt sie

der Zwang zur Einstimmigkeit und macht sie außenpolitisch stimmloser als sie es allein wären.

Im Inneren ist Europa seit Jahren einem fortschreitenden Erosionsprozess ausgesetzt. Die EU basiert auf Regeln, auf Vereinbarungen. Aber die finden immer häufiger nur dann Beachtung, wenn es gerade passt. Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Pluralismus, Presse- und Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit – eigentlich Selbstverständlichkeiten, sie sind schließlich Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der EU, sind nicht mehr überall garantiert. Ein „Rechtsstaatsmechanismus“ soll sie jetzt durchsetzen, der für den Fall von Verstößen mit finanziellen Sanktionen droht. Soll – denn noch ist dieser Mechanismus nicht vereinbart. Ungarn hat sein Veto bereits angekündigt. In jedem Fall, die Hürden für seine Anwendung sind hoch.

Wie soll man es nennen, dass seit Jahren eine ganze Reihe von Staaten EU-Pässe

ROLF-DIETER KRAUSE
war langjähriger Leiter des ARD-Studios in Brüssel.

an zahlungskräftige, aber oft obskure Figuren verhört, EU-Pässe, mit denen die sich dann nicht auf Malta oder Zypern, sondern gern in Berlin oder München niederlassen? Verlüderung der Sitten? So war die Freizügigkeit für Personen jedenfalls nicht gedacht.

Europa befindet sich in einem zerrütteten Zustand. Woher soll es da die Kraft nehmen, auf die es sich angesichts der Weltlage besinnen soll, ja besinnen müsste?

Für ein Land, dessen Wohl und Wehe untrennbar mit Europa verbunden ist, müsste dies Grund und Anlass zu unterschiedenen politischen Aktivitäten sein. Aber eine deutsche Europa-Politik findet nicht statt. Die Präsidentschaft der EU, die zurzeit in den Händen der Bundesregierung liegt, erschöpft sich im Bemühen, irgendwelche Kompromisse zu finden bei all dem, was gerade auf dem Verhandlungstisch liegt. Da kommt dann zum Beispiel eine Agrarreform heraus, die im Wesentlichen alles beim Alten lässt. Und in Sachen Rechtsstaatlichkeit bedrängt ausgerechnet die deutsche Regierung das Europäische Parlament, nicht allzu streng zu sein.

Aber eine Perspektive? Was Deutschland mit Europa will, was es mit Europa vorhat, wohin es die EU entwickeln und wofür es seine Partner gewinnen will

– niemand kann diese Frage beantworten. Das zentrale, größte, wirtschaftlich stärkste Land, dessen Wohl und Wehe von Europa abhängt, hat europapolitisch keinen Willen. Deshalb können andere es treiben, wie im Frühjahr, als der Druck aus dem Süden die Bundesregierung zwang, ihren Widerstand gegen Schulden der EU aufzugeben und einem riesigen Hilfspaket zuzustimmen. Das war ein großer Schritt. Aber die Bundesregierung kam nicht einmal auf die Idee, von den Partnern ähnliche große Schritte zugunsten Europas zu verlangen.

Deutschland – das zeigt diese Präsidentschaft – will Europa nicht mehr entwickeln. Es verwaltet Europa. Wenn man es wohlwollend formulieren will, dann versucht die Bundesregierung, Europa irgendwie zusammenzuhalten. Aber es ist ein Europa, das in seiner Gesamtheit nicht mehr durch gemeinsame Überzeugungen zusammengehalten wird, sondern nur durch Geld. Das ist kein guter Kitt. Mal ganz abgesehen von der Frage, ob so ein Europa so viel Geld wert ist.

DER HAUPTSTADTBRIEF
Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach. Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter